

Rosa Luxemburg (1967) [1898/99]: „Sozialreform oder Revolution?“, in: dies.: Politische Schriften I, Frankfurt/M, Vorwort, Kap. 1-3 u. 5

Robert Michels (1989) [1911/1925]: „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie“, Stuttgart: Kröner, S.24-41, S. 125-129, 324-378

Rosa Luxemburg (1871-1919), sozialistische Theoretikerin, kritisiert in Ihrer Schrift „Sozialreform oder Revolution?“ die Auffassung, der Kapitalismus könne durch (Sozial-)Reformen von der Arbeiterbewegung bekämpft und überwunden werden. Die Vertreter dieser Meinung - insbesondere erwähnt sie Eduard Bernstein und Konrad Schmidt- irrten sich, wenn sie die Arbeiterbewegung als sozialistische Reformpartei oder Gewerkschaftsbewegung definieren, da durch Reformen die neue, sozialistische Gesellschaftsordnung nicht herbeigeführt, sondern das bestehende kapitalistische System höchstens in seiner Schärfe gemildert werden könne. Reformierung könne somit nicht mit als lediglich langsamere, behutsamere Variante der Revolution verstanden werden.

Die Argumente der Befürworter, der Kapitalismus werde von sich aus durch Veränderungen zahmer und annehmbarer (Bernstein) bzw. der Sozialismus könne allmählich auch durch gewerkschaftliche Organisation schrittweise eingeführt werden (Schmidt), widerlegt L. und brandmarkt statt dessen den Reformismus als „Theorie der sozialistischen Versumpfung“.

Die von Bernstein angebrachten Argumente das Kreditwesen, Verkehrsinfrastruktur und Unternehmerorganisationen betreffenden Veränderungen, die die Anpassung des Kapitalismus zeigen sollen, widerlegt L. als hinfällig.

Es scheint, daß der Kampf um Reformen kann nach L. nur als revolutionsvorbereitend und –schulend gelten kann, einzig die Revolution aber in Form eines spontanen (organisierten?) zur Tat Schreiten der Masse zum Sozialismus führen kann, wobei sich L. wohl eine proletarische Bewegung vorstellt, die den Klassenkampf aus eigenem Bewusstsein heraus führt.

Mit den Strukturen des damaligen sozialistisch-sozialdemokratischen Parteiwesens beschäftigt sich auch der deutsche Soziologe **Robert Michels (1876-1931)**, in seinem Werk „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie“. Konstatiert wird darin als „ehernes Gesetz der Oligarchie“, daß jede Organisationsform oligarchische Strukturen aufweise, da sich in ihnen immer eine undemokratische Herrschaft Weniger über die Mehrheit entwickle. Zwar seien Organisationen im Sinne von Volks- oder Meinungsvertretungen für die Demokratie notwendig, da die direkte Massenherrschaft nicht praktikabel und auch im übrigen nicht zu empfehlen sei, doch trügen alle Organisationen die Tendenz zur Oligarchie in sich. Oligarchische und immer undemokratischere Verhältnisse entwickelten sich durch zunehmenden Organisationsgrad und der

damit verbundenen Entwicklung von Hierarchien und Führungsstrukturen. Führungsstrukturen seien andererseits jedoch auch wieder für die Organisation „technisch notwendig“, woraus sich das Dilemma und damit die Gesetzmäßigkeit ergebe. Mit der Presse wird dem Führer zusätzlich ein nicht zu unterschätzendes Machtmittel an die Hand gegeben, Massen zu beeinflussen und die Macht auszubauen. Das Machtstreben der Führer zu begrenzen bzw. deren Verhalten in Einklang mit dem Willen der Beherrschten zu bringen sieht M. nur bei Beachtung des „Postulats der Entsagung“ als realisierbar an, das besagt, daß Führungsmacht frei und unabhängig von persönlichen Interessen, Vorteilsnahmen, Gefühlen sein müsse und nicht einmal mit einem Namen, einer Person verbunden sein dürfe.

Selbst der, autoritäre Organisiertheit bekämpfende Syndikalismus folge in seiner organischen Struktur demselben Prinzip, das er zu bekämpfen zu suche und auch seine ausgeprägteste Aktionsform der Arbeitskampf und Streik diene Führern als Profilierungs- und Aufstiegsmöglichkeit. Nur die anarchische Ordnung böte wohl Schutz Machtkonzentration in oligarchischen Führungsstrukturen, doch sei Anarchismus praktisch noch nicht angewendet worden bzw. würde, beim Entstehen von Organisationen wohl ebenfalls dem Gesetz des Autoritarismus unterliegen.

Michels Kritik daß sich in Organisationen zwangsläufig eine Herrschaft Weniger durchsetze, ist zu pauschal. Der Aspekt, daß die Verhältnisse in Organisationen entscheidend von den Mitgliedern selbst abhängen, wird von ihm völlig außer Acht gelassen. Ohne aktive Beteiligung und Motivation der Mitglieder sich einzubringen, wird die Entstehung undemokratischer Tendenzen sicher gefördert. Auch bleibt jedem Mitglied die Möglichkeit, seinen Unwillen durch Verlassen der Organisation auszudrücken, was, wenn es massenhaft geschieht, jeder Führungselite zu Denken geben muß. Außerdem steht es jedem frei, selbst Organisationen ins Leben zu rufen und für Mitglieder zu werben. Wichtig und unabdingbar ist der Gedanke Michels, daß die mit Macht ausgestatteten Positionen demokratisch zu legitimieren und vor allem vor allen Möglichkeiten zur persönlichen Vorteilsnahme zu schützen sind.

Völlig undemokratische Verhältnisse in Organisationen können eigentlich in Demokratien keinen Bestand haben, denn gilt übergeordnet ein Demokratiegebot, so ist es wohl schwerlich möglich dieses in einem System innerhalb der Demokratie zu umgehen, was ja auch im Grundgesetz im Artikel 21, Absatz 1 für Parteien festgeschrieben ist: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen.“